

Martin E. Renner über Judenhass in Deutschland



Es ist Dieter

Graumann, dem Vorsitzenden des Zentralrates der Juden in Deutschland beizupflichten, wenn er anmahnt: „Wo ist die Unterstützung und der Beistand der Zivilgesellschaft? Warum gibt es keine Welle der Solidarität mit uns Juden angesichts der Welle von Antisemitismus?“ Wenn er weiter feststellt: „Wir hören widerliche, antisemitische Slogans auf deutschen Straßen. Wir spüren eine Welle von Hetze und Hämie gegen Juden in den sozialen Netzwerken. Wir sehen, wie Synagogen angegriffen und jüdische Menschen bedroht werden.“ Und deshalb, Herr Graumann, veranstalten wir heute diese Kundgebung. Aus echter und aufrichtiger Solidarität mit Juden hier in Deutschland. Weil Sie recht haben, wenn Sie unsere Solidarität und unsere Unterstützung fordern. Weil wir unseren jüdischen Mitbürgern zeigen wollen, dass jüdisches Leben hier in Deutschland wichtig und unverzichtbar ist. Und doch sind wir auch ein wenig enttäuscht vom Zentralrat der Juden in Deutschland.

Weil in den Interviews, der Eindruck erweckt wird, dass das, was wir jetzt erleben, der alte, schon überwunden geglaubte Antisemitismus der Deutschen ist. Es heißt wörtlich: „... aber was sich jetzt Bahn bricht, muss schon immer da gewesen sein.“

Auch der Zentralrat der Juden begibt sich also unter die Kuratel der Vernebelungssprache, unter die Knute der political correctness, die dem Bürger den Mund verschließen will und ihn

stumm machen soll.

Nein, wir erleben hier nicht, „dass sich jetzt Bahn bricht, was schon immer da gewesen ist“.

In Deutschland erleben wir mit diesen antisemitischen, antizionistischen Demonstrationen etwas Neues, was mit eruptiver Gewalt ans Tageslicht will. Sich erkennbar macht.

Es waren nämlich keine blonden Rechtsextremisten in Springerstiefeln.

Und auch keine deutschstämmigen, alte Salon-Antisemiten, die ihren sprungbereit vorhandenen Antijudaismus bisher hinter klammheimlich akzeptierter linkssozialistischer Israelkritik versteckt haben.

Es waren nämlich in der Hauptsache die Kinder unserer Einwanderer. Die hier bei uns in die Schule gehen und gingen. Junge Menschen also, die Teil unserer Gesellschaft sein wollen und auch sollten.

Hier gebildet und sozialisiert. Wohl bestens vertraut mit unserer Geschichte und dem unseligen Teil unseres gemeinschaftlichen Erbes. Junge Menschen, die hier zum Teil studieren oder in Ausbildung sind, hier arbeiten oder auch von Sozialgeldern leben.

Zeigt sich hier nicht exemplarisch, wie politisch verheerend die unsinnige Verschleppung einer freimütigen Diskussion zur Integrations- und Zuwanderungspolitik nun zu wirken beginnt.

Die Generosität, mit der jedwede Zuwanderung durch die deutschen Eliten begrüßt wird. Auf Integration, nein, Assimilation, der zu uns Gekommenen aber verzichtet wird. Und das geschieht schon immer zu Lasten der schwächeren sozialen Schichten. Und nun auch – erstmals – zu Lasten abgrenzbarer einzelner gesellschaftlicher Gruppen, wie hier unsere jüdischen Mitbürger.

Über die Entstehung einer Parallelgesellschaft hat man bis jetzt phlegmatisch und desinteressiert hinweggesehen.

Es führt kein Weg an der Erkenntnis vorbei, dass diese Parallelgesellschaft irgendwie aufgelöst werden muss. Dafür sollten die Ausschreitungen gegen unsere jüdischen Mitbürger ein drängendes und ernst zu nehmendes Menetekel sein.

Es zeigt sich eben keineswegs allein als ein Problem der Sprachaneignung, sondern es ist vielmehr ein Problem der kulturellen Selbstdefinition dieser Parallelgesellschaft.

Deutschland muss darauf bestehen, dass alle Einwanderer unsere Werte, Bräuche, Rechts- und Moralvorstellungen sowie unser kulturelles Erbe für sich annehmen und auch leben wollen.

Oder, sie sollen gehen!

(Fortsetzung der Rede von Martin E. Renner am 15.8. vor der Alten Synagoge in Essen [auf Blu News](#))